

Stellungnahme der Unigruppe Bern von Amnesty International zur Annahme der Motion Fuchs im Grossen Rat des Kantons Bern

### **Für eine automatische Mitgliedschaft bei der SUB: Damit die Studierenden ihre Rechte einfordern können**

Die Unigruppe von Amnesty International zeigt sich bestürzt über die Annahme der Motion von Grossrat Thomas Fuchs. Sie will die automatische Mitgliedschaft bei der StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB) abschaffen. Wir befürchten, dass eine Gesetzesänderung, die dieses Anliegen aufnimmt, eine faktische Abschaffung der SUB zur Folge hätte. Dies würde nicht nur für alle Studierenden viele Einschränkungen bedeuten, sondern insbesondere auch für unsere Unigruppe schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen.

Unser Anliegen ist es, die Studierenden für die Thematik der Menschenrechte zu sensibilisieren und sie dazu zu ermuntern, sich aktiv gegen Missstände einzusetzen. Als SUB-Gruppierung können wir dabei auf die tatkräftige Unterstützung dieser Organisation zählen: Die SUB bietet uns nicht nur finanzielle Hilfe, sondern stellt uns auch diverse Infrastrukturen bereit, die uns unsere Aktivitäten erleichtern und teilweise sogar erst ermöglichen.

Zudem erachten wir es als unerlässlich, dass die SUB die politische Interessenvertretung der Studierenden wahrnimmt. Die SUB setzt sich zum Beispiel ein für die Partizipations- und Mitspracherechte von Studierenden. Mit der faktischen Abschaffung der SUB bestünde die Gefahr, dass dieses Menschenrecht – wie es in vielen Ländern der Fall ist – beschnitten wird.

Die Motion spricht von „Zwangsmitgliedschaft“, was schlichtweg nicht stimmt. Jede/r Studierende kann ohne nennenswerten Aufwand aus der SUB austreten oder bereits bei Studienbeginn die automatische Mitgliedschaft ablehnen. Etwa 20 Personen haben dies bis heute getan. Dies zeigt unseres Erachtens, dass die SUB unter den Studierenden der Uni Bern breit akzeptiert ist. Als Unigruppe von Amnesty International ist uns die automatische Mitgliedschaft ein zentrales Anliegen. Nur so kann die SUB ihre demokratische Legitimation behalten und finanziell abgesichert ihre Dienstleistungen – zum Beispiel der Solidaritätsfonds für mittellose Studierende – anbieten. Des Weiteren werden die jungen Leute auf diese Weise gleich zu Beginn ihres Studiums dazu motiviert, ihre Rechte als Studierende wahrzunehmen und an der Gestaltung ihres Studiums teilzunehmen.

Aus all diesen Gründen hoffen wir sehr, dass die geplante Gesetzesänderung nicht auf Kosten der SUB – und damit auch unserer Unigruppe – geschieht.